Michael Opielka

Ökologische Sozialpolitik
Überlegungen zu einer ökologischen Sozialreform


Gemeinsam ist der bisherigen grün-alternativen Sozialpolitik eine Einstellungskritik und eine Sensibilität und Parteilichkeit gegenüber sozialen Minderheiten und benachteiligten Gruppen. In Zusammenhang mit allgemeinpolitischen Zielen wie Dezentralisierung und Basisedemokratie (»ökologisch-sozial-basisedemokratisch-gewaltfrei«) ließ sich daraus als sozialpolitischer Grundkonflikt die Forderung nach einer solidarischen Subsidiarität destillieren:

- Einerseits wird in der Tradition der frührührerlichen, sozialistischen und sozialromantischen Sozialutopien solidarische Selbsthilfe und Selbstorganisation praktiziert und gefordert;
- auf der anderen Seite wird vom Staat (Bund, Länder, Kommunen) sowohl eine Rücknahme seiner kontrollierenden, polizeilichen Funktion als auch eine Schaffung struktureller Voraussetzungen zur Selbst- und Gemeinschaftshilfe (Sozialleinkommen, Recht, Wirtschaftspolitik) gefordert.

Sind das nun bereits »Alternativen zum Sozialstaat«, eine »ökologische Sozialpolitik«? Oder weist nicht die Sozialstaatskritik in den etablierten politischen Blöcken (CDU, SPD) in dieselbe Richtung? Redet man nicht überall von »Selbsthilfe« und von »Subsidiarität«?


Die grünen Sozialperspektiven sollen in dieser Krise Widerstand leisten – und gleichzeitig ihre Ursachen überwinden. Eine doppelte Aufgabe, deren Konkretisierung damit notwendig langfristig wie kurzfristig angelegt sein muß. Bevor wir uns auf die beiden zentralen sozialstaatlichen Felder begeben – die (Um-)Verteilung von Arbeit und Einkommen und die (Neu-)Organisation sozialer Hilfen und Dienste –, scheint mir eine Präzisierung jener »Wiedergeburt der Gemeinde« angebracht, auf die Martin Buber in seinem Werk »Pfade in Utopia« die Hoffnung für ein Überleben der Menschheit setzte.

Ein Ziel der ökosozialen Reise in die Zukunft habe ich persönlich am klarsten im Kibbuz erlebt, jener israelischen Gemeinschaftssiedlung, die als einzig in größerem Stil praktizierte Form von Kommunismus auf ein nun über siebzigerjähriges »alternatives« Leben zurückblicken kann. Der Kibbuz hat sich nicht nur als ökonomisch höchste effektiv erwiesen, er hat darüber hinaus eine »besondere innovatorische Qualität« gerade im Hinblick auf den Umgang mit den Folgen der Industrialisierung gezeigt. Sein Versuch einer »sanften Industrialisierung« konnte, zumindest was die sozialen Aspekte betrifft (in Sachen Umweltbewahrung ist allerdings noch vieles nachzuholen), vor allem deshalb so erfolgreich sein, weil ihm ein ökologisches Arbeits- und Sozialverständnis zugrunde liegt: »Befreiung der Arbeit«, nicht die »Befreiung von Arbeit« war und ist das zentrale Prinzip der Kibbuz-Bewegung. Die Menschen sollen sich auch
in der Arbeit schöpferisch, ganzheitlich und selbstbestimmt erleben. Das wird möglich, weil zum einen die direkte Lebensunterhalt von der Arbeit abgekoppelt ist und zum anderen die Kibbuzmitglieder sich und ihre Produktion selbstverwaltet bestimmen können.


Anmerkungen zu einem sozial-ökologischen Paradigma

Impliziert wird mit dem Begriff »Ökologie« Ganzheitlichkeit – also eine Wahrnehmung und Berücksichtigung sämtlicher Faktoren, die eine spezifische Angelegenheit betreffen. Ernst Haeckel hat diesen Anspruch in seiner berühmten Ökologiedefinition aus dem Jahr 1866 folgendermaßen ausgedrückt:

»Unter Ökologie verstehen wir die gesamte Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Außenwelt, wohin wir im weiteren Sinne alle Existenz-Bedingungen rechnen können.«


Die tiefste Steigung dieser Geschichte bildet das Patriarchat, die Herrschaft der Männer über die Frauen. Durch die Durchsetzung des Väterrechts wurde die weiblich-produktive Leistung des Gebaren verleumdet, durch die geschlechtliche Arbeitsteilung wurden die Frauen aus der Öffentlichkeit in die Familien verbannt und durch eine patriarchale Verformung von Mythen, Religionen und Kulturen überhaupt wurde die Ideologie der Männerherrschaft als »deep ideology« (Johan Galtung) befestigt.


Die Erfolge der Naturwissenschaften, von Physik, Astronomie und Mathematik stellten sich ein, als es ihnen gelang, die operationalen und experimentellen Aspekte durch eine rationale, die Funktionszusammenhänge durch eine Analyse der verschiedenen Teile erklärende Vorge-


Während der seit je vorhandene soziale Widerspruch meist negativ an der Abschaffung, Verhinderung oder Milderung von Un-Zuständen orientiert war und die wenigen Modelle gesellschaftlicher Globalalternativen (Kommunen, Russische Revolution) meist verstarben oder degenerierten, ganzheitliche, ökologische Alternativen also nicht aus sozialen Kämpfen heraus entwickelt wurden, scheint eine ökologische Wende andernorts vorbereitet zu werden.


Hinter solchen Worten verbergen sich, wie bereits angedeutet, umfängliche wissenschaftstheoretische und auch politisch-praktische Fragen. Steckt im Ökologie-Begriff nicht zuviel Rückwärtsge wandetes? Wird hier nicht leichtert ein systemtheoretisch/kybernetisch begrenzter Naturbegriff auf soziale Verhältnisse angewandt? Das sind zweitelfrei berechtigte Fragen. Es ist unbestreitbar, daß ohne historisches Bewußtsein und Respekt vor der Besonderheit der »conditio humana«, der Besonderheit der menschlichen Existenz als kultureller, nicht nur »natürlicher«, dieses ökologische Paradigma zu brauner Soße zu zerkochen droht.

schener Menschen und ihrer Umwelt. »Haus«, »Platz, um zu leben«, »Haushalt«, schließlich auch »Heimat« – alle diese Bedeutungen stecken im griechischen Wort »Oikos«. Wie im Konzept der »Ökonomie« der Bezug auf das Haus verlorengegangen ist – Ökonomie bedeutete ursprünglich die Regeln der Hauswirtschaft –, so droht auch im Konzept der Ökologie der Bezug auf den sozialen Ort zu verschwinden bzw. zu einer von vielen beliebigen Variablen herunterzukommen, wie dies bei den eher funktionellen Verwendungen des Ökologie-Begriffs (z. B. in der »ökologischen Psychologie« u. a.) zu geschehen scheint.


»Sich auf den Oikos zu beziehen, ökologisch zu argumentieren heißt also, verallgemeinernd gesprochen, die sozial-räumlichen und die sozialzeitlichen Bedingungen zu bedenken, die Gesellschaft erlauben und verhindern ... Kurzum: ökologisches Denken ist an der Totalität sozialer Bedingungen ausgerichtet, an der Komplexität der Zusammenhänge. Der Ursprungssinn »Haus« wirkt insofern fort, als all diese Bedingungen auf den Ort und die Zeit bezogen werden, die den einzelnen bedingt in ihrer Erfahrung oder Erfahrungssphäre zu Gebote stehen, denen sie ausgehen. »Oikos« kann demgemäß »Haus« meinen, Wohnung im heutigen Sinne, Dorf, Nachbarschaft, Stadtteil, Arbeitsplatz in der Fabrik oder im Büro u. ä. m.«

Wolf-Dieter Narr hat sehr eindrücklich zusammengefaßt, was als Forderungskatalog an eine ökologische Perspektive in der Sozialpolitik zu gelten habe: »Den Bezugspunkt bildet nicht der isolierte Einzelne, sondern der Einzelne in seinem sozialen Bezugssystem, und: »Ökologische Sozialpolitik ist auf die Konfiguration ausgerichtet, in der die Menschen leben, sie macht jeweils die differenzierte (Re-)Konstruktion der Totalität erforderlich.« Ein hoher Anspruch, dem nicht zuletzt ein erhebliches Nicht-Wissen, davor ein Nicht-Wahrnehmen der Zusammenhänge in der sozialpolitischen Realität entgegensteht.

So steht leider eine ökologisch orientierte, sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung erst am Anfang. Ansätze sind etwa bei der Frage nach der sozialen Verträglichkeit unweitpolitischer Maßnahmen zu erkennen oder – unter eher epidemiologischen Gesichtspunkten – in Sozialpsychiatrie, Medizin, Sozialpräventionsforschung oder Sozialpsychologie. Es geht dabei, das dürfte der Rückblick auf die Ausgangspunkte und die kritischen Anmerkungen zur Anwendung ökologischer Kategorien im sozialen Feld gezeigt haben, kaum um die Errichtung einer neuen, »hybridenden Disziplin«:

»Gesucht wird ... keine neue Wissenschaftsdisciplin der Einzelanalyse, sondern ein theoretisches Beziehungsgut, welches das dem Aspekt der gesellschaftlichen Abhängigkeit von Umweltbeziehungen methodisch und inhaltlich gerecht wird.«

Wenn nun soziale Ansprüche, methodische Probleme und normative Überlegungen in einem ökologischen Sozialpolitikkonzept vereint werden sollen, so scheinen mir auf der theoretischen Ebene folgende Merkmale zentral:

- Bezugsfehler einer ökologischen Sozialpolitik ist der einzelne Mensch in seinem sozialen und materiellen Raum, nicht als isolierter, zerstückelter, reduzierter einzelner.
- Ökologische Sozialpolitik ist auf den Zusammenhang ausgerichtet, in dem die Menschen leben. Sie fordert die (Re-)Konstruktion ganzheitlicher sozialer Räume, der »Lebenswelten« (Habermas) – und ist daher zwangsläufig nur als Teilpolitis einer ökologischen Politik sinnvoll denkbar.
- Ziel und Weg einer ökologischen Sozialpolitik ist die Selbst-Entfaltung und Selbst-Verwaltung jedes Menschen. Autonomie und Selbstbestimmung müssen daher zentrale Kategorien eines ökologischen Ansatzes sein; was soziale Verantwortung nicht ausschließt, sie vielmehr erst ermöglicht.

**Alternativen zum Sozialstaat**

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum ökologische Alternativen in der Sozialpolitik nicht einfach an eine traditionelle, industriell-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik angekoppelt werden können (was z. B. die Alternativdenker in CDU oder SPD in
Das garantierte Grundeinkommen stellt nun so etwas wie einen Lohnausgleich für eine radikale Arbeitsumverteilung dar. Diesmal seitens des Staates organisiert und vermittelt, auf quasi »überbetrieblicher« Ebene. Eine kompensatorische Tätigkeit, die durchaus in die Tradition des Sozialstaats paßt.

Damit wurde ein »Recht auf Einkommen« systematisch mit einem Recht auf allerdings weniger Arbeit verküpf. Nicht jedoch mit einer Pflicht zur Arbeit (wie dies manche Grundeinkommensbefürwor-
ter tun). Es wurde, sozialpolitisch-historisch gesehen, ein Ende machen mit der willkürlichen Debatte in »Arbeiter-« und »Arme-
Sozialpolitik« in Sozialversicherungen und Fürsorge.

Bevor nun die Chancen und Risiken dieses weitreichenden Vorschla-

Es sind nicht nur technisch-rechnerische Argumente, die die Gleichheit einer Arbeitsumverteilung (20-Stunden-Woche) und Einkommensneuverteilung (garantiertem Grundeinkommen) sprechen. Die Konzepte, die sich nur einer der beiden Verteilungsarten zuwenden, genügen nämlich zentralen feministischen und ökologischen Anfor-
derungen nicht: das gewerkschaftliche Modell einer Arbeitsumver-
teilung bzw. Arbeitszeitverkürzung bei Fortführung der individuellen 
Bindung von Arbeitsleistung und Einkommensverzicht und das von 
einem Neoliberal/Konservativen vorgeschlagene Konzept eines »garan-
tierten Mindesteinkommens« ohne Arbeitsumverteilung, auf einer minimalem Niveau zur Rationalisierung des Sozialstaats. Für die Unabhängigkeit der Frauen sind jedoch der individuelle Bezug von Einkommen sowie das individuelle Recht auf Erwerbsarbeit unabdingbar – was eine sehr weitgehende Arbeits- und Einkommensverteilung erforderlich macht, eine völlig Abkehr vom ohnehin bruchlosen Modell des (männli-
chen) Familiennahrungsmittels mit 60-, 40- oder 35-Stunden-Woche und haushaltender Gehalt. Für eine Unabhängigkeit der Ökonomin der »Dritt-
EnWelten«, die als Weltaufgaben durch eine Verlagerung sozialer Kosten der industriellen Produktion aus den Metropolen des Kapital-
ismus herangezogen werden, ist eine Umverteilung von Arbeit und Einkommen in den Metropolen selbst ebenfalls unabdingbar: denn die Produktionsverlagerung in Länder ohne soziale, »proletarische« Sicher-
rungssysteme lohnt sich auf der einzelne Betrieblichen Ebene dann nicht mehr, wenn das individuelle Lohnarbeitsverhältnis, der einzelne Ar-
beitsplatz selbst eine geringere Bedeutung für die Vermittlung von

Verschiedene Modelle eines Mindesteinkommens

Konsens ist zumindest im grünen und bis weit in den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Raum hinein, daß es eine bedarfsgerechte Mindesteinkommenssicherung geben muß. Im wesentlichen stehen drei Grundformen eines Mindesteinkommens zur Diskussion: 1. die Einführung von «Sockel»-Beträgen in die bisherigen Sozialversicherungssysteme, 2. die sog. «negative Einkommensteuer» und 3. die sog. «Sozialoder Nationaldividende», das «garantierte Grundeinkommen». Alle drei Konzepte haben lange Traditionen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Im wesentlichen unterscheiden sie sich in ihrem Verhältnis zum Arbeitsmarkt, d.h. in der Frage, ob staatlicherseits im Gegenzug Arbeitsleistungen eingefordert werden.


Ein «garantiertes Grundeinkommen» hingegen scheint als langfristige Perspektive die sauberste Lösung zu sein. Dies wird sofort deutlich, wenn wir uns die vier Kriterien anssehen, die aus grüner Sicht an jede Mindesteinkommenssicherung angelegt werden müßten.

Vier Kriterien einer Grundeinkommenssicherung

a) Die Höhe: nicht unter 1000 DM

Ein Grundeinkommen muß so bemessen sein, daß Armut ausgeschlossen und normale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet ist. Eine minimale Absicherung, vergleichbar (oder gar noch unter) der heutigen Sozialhilfe, würde den Weg ebensolchen ungeschützt, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen, von Unternehmerseite mit Hinweis auf die staatliche Grundversicherung angeboten und gerechtfertigt. Ein zu gering bemessenes garantiertes Grundeinkommen bedeutet daher faktisch Lohnarbeitszwang. Soll das Grundeinkommen nicht zur hemmlichen Kapitalabweichung geraten, sondern als soziales Grundrecht die materielle Basis für eine demokratische Teilhabe aller garantieren, so muß es derzeit mindestens 1000 DM im Monat für jede/n ab dem 14. oder 16. Lebensjahr
b) Kein Arbeitszwang


c) Individualbezug statt Haushaltsbezug


Grundrechte stellen dabei ein bedarfsdeckendes Kindereinkommen von durchschnittlich ca. 400 DM pro Kind (gestaffelt nach Alter von ca. 250 bis 600 DM) und eine garantierte Grundrente für alle Menschen dar.

d) Grundeinkommen als Reform, nicht als Ersatz der Sozialversicherungen


Eine Grundeinkommensicherung stellt nun institutionell und auf der politischen Ebene die Weichen auf Umverteilung. Denn ein Grundeinkommen »rechtfertigt sich aus dem gesellschaftlichen Charakter des Reichtums dieser (jeder) Gesellschaft in Verbindung mit einer egalitären Moral. Am gesellschaftlichen Reichtum zunächst einmal ohne Gegenleistung angemessen teilzuhaben, stellte dann ein Recht aller Bürger dar, das ihnen zukäme wie das Recht auf Sicherheit und Freiheit... Die über das Bürgergehalt (= Grundeinkommen, M. O.) geforderte Aneignung gesellschaftlichen Reichtums auf egalitärer Grundlage stellt konsequent zu Ende gedacht mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln
die gesellschaftliche Herrschaftsstruktur insgesamt zur Disposition.«18

Wer soll das bezahlen?


Wer zahlt bei diesem Modell? Es sind die sehr gut Verdienenden (so könnte ein Schwellenwert von heute 4000 DM Bruttoreinkommen genommen werden, bis zu dem die Kombination 20-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich plus 1000 DM Grundeinkommen nicht zu Nachteilen, für die heute wenig oder nichts Verdienenden jedoch zu bedeutenden
Vorteilen führt. Es sind die Männer, die den Frauen abgeben müssen. Und es sind die Kinderlosen, die endlich die materielle Mitverantwortung für alle Kinder übernehmen würden – von denen sie im Alter ja mitversorgt werden. Steuerprogression, Freibeträge usf. könnten jedenfalls so eingependelt werden, daß 1000 DM Grundeneinkommen und eine 20-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich den unteren und mittleren Einkommensgruppen keinen Einkommensverlust beschert, um nur konkrete Zahlen, insbesondere was die volkswirtschaftlichen Konsequenzen betrifft, vorzulegen zu können, ist es verfrüht. Hier sind noch viele Forschungsarbeiten nötig.

Zur Strategie einer Umverteilung von Arbeit und Einkommen


Erste Schritte zur Umverteilung der Arbeit


Die Diskussion um die ökologischen und sozialen Folgekosten des Wachstums haben aber offenbar gemacht, daß Lösungen des industriellen Dilemmas letztlich nur über Dezentralisierung und Ökologisierung der Wirtschaft möglich sind. Es kommt darauf an, bereits heute die Weichen für eine »selbstversorgende Gesellschaft« (Claus Offe) zu stel-


Erste Schritte zur Umverteilung der Einkommen

a) Reform der Sozialhilfe: Grundsicherung ohne Diskriminierung

Einige kurzfristige Ziele:

- eine Anhebung der Sozialhilfe um mindestens 30 %
- eine Aufhebung der Generationensubsidiarität (Eltern für Kinder usw.)


b) Arbeitsförderungsgesetz

Eine Reform des AFG (evtl. im Rahmen von Überleitungs gesetzen zu einem längerfristigen »Grundeinkommensgesetz« und ggf. als integrierende Reform von AFG und BSHG) mußte beinhalten:
● eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (bislang 1 Jahr) auf unbegrenzte Dauer;
● der Berechtigtenkreis ist auszuweiten (auf Berufsanfänger, Alleinerziehende...);
● bei einer Anhebung des Mindestniveaus auf 1000 DM müßten ggf. bei Beziehern heute höherer Arbeitslosengelder Abzüge vorgenommen bzw. vergleichbar der niederländischen Lösung das Mindestniveau zu einer einheitlichen Sicherungshöhe für alle erweitert werden.

c) Eine Grüne Rentenreform


Eine solche Rentenreform würde das beschämende Problem der materiellen Armut im Alter lösen – so wie dies in einigen anderen Ländern (Niederlande, Schweden) durch auskömmliche Grundrenten bereits selbstverständlich ist.

Mit einer Grundrente wird allerdings das Problem der Vereinsamung und sozialen Ausgrenzung im Alter nicht gelöst. Es wäre jedoch zu hoffen, daß eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen im Alter ein zentrales Problem moderner Industriegesellschaften lösen könnte: die existentielle Sinnlosigkeit des Alters, verschuldet vor allem durch ein immer weiter nach vorne verlegtes Renten- bzw. Pensionsalter, sei es als »soziale Leistung«, als Ergebnis verschärfter Verrichtung der Arbeitskraft (mehr als 50 % der Renteneinzugänge erfolgen heute wegen Erwerbsunfähigkeit) oder sei es als arbeitsmarktpolitische Maßnahme, um die Loyalität der verwertungsfähigen Jungen zu sichern. Indem eine Grundrente oberhalb der Armutsbrücke ab dem 60. Lebensjahr von der Notwendigkeit der Erwerbsarbeit befreit – anders als bspw. durch die in den USA derzeit geführte Diskussion um eine Heraufsetzung des Rentenzusatzes auf das 70. Lebensjahr, was Arbeitszwang bis dahin heißt – könnte die Gesellschaft leichter verpflichtet werden, wie bspw. im Kibbutz jedem alten Menschen die ihnen angemessene Arbeit anzubieten.

d) Kindereinkommen, Erziehungseinkommen, Ausbildungseinkommen

Auch hier gilt der Grundsatz, daß erwerbsunabhängige Grundeinkommen auf auskömmlichem Niveau für verschiedene Lebenslagen entwickelt werden müssen:
● ein bedarfssdeckendes und vom Einkommen der Eltern unabhängiges Kindereinkommen von durchschnittlich 400 DM (je nach Alter);
● ein Erziehungseinkommen in Höhe des durchschnittlichen Einkommens aller Erwerbstätigen für einen Zeitraum von drei Jahren. Der Gesamtanspruch verteilt sich auf beide Elternschleifen. Sollte bspw., der Vater seine 1/2 Jahre nicht in Anspruch nehmen, so verfallen sie (natürlich nicht bei Alleinerziehenden). Der/die Erziehende bleibt während dieses »Erziehungssubstanz« im Erwerbsleben, kann jedoch ihre Arbeitszeit frei ent ihm. Um ein so bedeutendes Erziehungseinkommen zu finanzieren, wäre bspw. eine »Erziehungsabgabe« denkbar, die in einem nationalen »Erziehungseinkommensfonds« als Vorstufe des »Grundeinkommensfonds« gezahlt wird. Aus diesem Fonds werden die Erziehungseinkommen finanziert, wobei es jedem Betrieb freiesteht, tarifvertraglich zusätzlich zum gesellschaftlichen Einkommen Zahlungen an die/ten teilweise Weiterarbeiten zu leisten;
● ein Wiederaufbau der Ausbildungseinkommen für Studierende, Auszubildende und Schüler (das erst mit Einführung eines garantierten Grundeinkommens überflüssig würde).

Alle genannten Perspektiven knüpfen dabei an bestehende Regelungen an und greifen Forderungen auf, die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bereits erhoben wurden. Der politisch zentrale »erste Schritt« dürfte dabei die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente sein.
Grundebkommen als (R)Evolution?


Wofür das garantierte Grundebkommen damit wegberäumend sein soll, ist die Aneignung der Arbeit. Strukturelle Veränderungen, die die Möglichkeit der Eigenexistenzgründung verbessern (»Selbstverwaltungswirtschaft«) müssen daher parallel entwickelt und subventioniert werden. Das garantierte Grundebkommen sichert eine Teilhabe an der Gesellschaft jenseits der Lohnarbeit und wird damit eine Interessenverschiebung derjenigen bewirken, die bisher aus Angst um ihre Arbeitsplätze am Wachstumsfetisch festhielten und so – unfreiwillig – zu Verbündeten des Kapitals wurden.

Vom expertokratischen Versorgungsstaat zum ökologischen Gemeinwesen


- zum einen in der Förderung einer Emanzipations- und Bürgerrechtsbewegung im Kampf gegen die entmenschlichende Logik der Anstalten, wie sie teilweise im Rahmen der italienischen, demokratischen

Psychiatrie- und Sonderschulauflösungsbewegung vorbildlich versucht wurde. So kritisierte die Bundes-Arbeitsgemeinschaft »Soziales und Gesundheit« der Grünen in ihren Ende 1984 erstellten »Thesen zur Abschaffung und Überwindung der Psychiatrie« die sozialdemokratisch inspirierte Sozialpsychiatrie fundamental:

»Die Sozialpsychiatrie hat sich nicht für die Befreiung der Irren eingesetzt, sondern immer nur für deren bessere Versorgung... Sie hat sich nicht für die Zerstörung der Irrenhäuser eingesetzt, sondern für ihre Verkleinerung (=Auflösung der Großkliniken). Es mangelt immer an der konkreten Demutung der Irrenhauszustände, es mangelt an dem zündenden symbolischen Befreiungakt, an dem Geschichtszeichen, das allen Unterdrückten zeigt, daß sich die Zeiten geändert haben.«

Als Konsequenz wurde unter anderem gefordert: »Die Schließung der Irrenhäuser, die Abschaffung der psychiatrischen Lager muß sofort und ohne Wenn und Aber beginnen! «


tärer Hilfsleistungen entwickelt werden. Wenn es gelingt, die Familien von den professionellen ambulanten pflegerischen Maßnahmen zu entlasten, wird auch der Anteil der Familien ansteigen, die bereit sind, die Eltern im eigenen Haushalt zu betreuen.« (S. 14)


Weitergehende Strategien sind denkbar. So das vom Schweizer Peter

eimschaftung der Gesellschaft, vor allem aber auch eine Verbreitung der bislang den Frauen zugeschobenen «Caregiving»-Tätigkeiten auf beide Geschlechter erwartet werden. Die hausarbeitsnahen «Sorgearbeiten» (Pflege, Kindererziehung usw.), die bislang in den Erwerbssektor verlagerten Frauenarbeiten könnten dadurch auch den Männern zur Lebensaufgabe werden.

Dortartige Ideen steht zwar entgegen, daß vielen Sozialstaatsbürgern die Monetarisierung von Verantwortung und die Anonymität (trotz der hohen materiellen und psychischen Kosten) lieb und bequem geworden ist. Doch sollte dies eher ein anspruchsvolles Argument zur Verbreitung dieser sozialbildenden Idee sein.


Nichtsdestoweniger, um den abschätzbaren Kritikern entgegenzukommen: Ein «Sozialdienst» als wesentlicher Bestandteil eines ökologischen Umbaus des Sozialstaats knüpft im Rahmen des hier skizzierten Konzeptes keineswegs an die «vorkommensfähigen» Vorstellungen des fach
dischen «Reichsarbeitsdienstes» an – wie dies jüngst entsprechende Ideen Joseph Hubers entgegengehalten wurde.25 Denn ein Sozialdienst für alle wird nur möglich, wenn auch die Erwerbsarbeit auf alle verteilt wird, somit Zeit bleibt. Er stellt so etwas wie ein Stück Vergeellschaftung der Hausarbeit dar – denn der Skandal der Hausarbeit ist ja nicht, daß sie
nicht bezahlt wird, sondern daß sie nicht verteilt wird. Er ist allerdings nur dann kein politisches Kuckucksei, wenn er politisch kontrollierbar ist; nicht als zentralstaatliche Arbeitszuteilung, sondern als kommunale Arbeitsverteilung.


Anmerkungen

1 Vgl. Opielka, 1985b, zum Überblick; Gläser 1984
2 Heinsohn 1982
3 Busch-Lity 1984, S. 38ff.
4 Hueckel 1866, S. 286
5 Vgl. Catalano 1979, Trepl 1983, Bloch/Maier 1984
8 Ob die Rede vom »Paradigmenwechsel« zu hoch gegriffen ist, wie Reiche (1984) meint, kann hier nicht ausdiskutiert werden
9 So die Definition in Bick u. a., I, 1984; vgl. auch Wendt 1982
10 Narr 1984, S. 17
11 Ebd., S. 171.
12 Enzensberger 1973, S. 1
14 Vgl. Leibfried/Tennstedt 1985
15 Vgl. Opielka/Vohruba 1985
16 So von einigen Autoren in Schmid 1984
17 Gortz 1983
18 Greven 1985
19 Vgl. Mollison 1981
20 Vgl. Öko-Institut 1985, Die Grünen NRW 1985
22 BAG 1985
24 Gross 1977. Lägergren u. a. 1984